

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

48. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 11. November 2010

(16.00 Uhr bis 23.49 Uhr)

10.1	Das Radfahren auf der Zeil einschränken	102
	Antrag der FDP vom 09.08.2010, NR 1943	
	<u>hierzu:</u> Antrag der SPD vom 15.09.2010, NR 2006	
10.2	Radfahrer auf der Zeil	102
	Antrag der FAG vom 10.08.2010, NR 1949	
10.3	Radfahren auf der Zeil kann nur unter Berücksichtigung der berechtigten Belange der Fußgänger erfolgen!.....	102
	Antrag der CDU vom 30.08.2010, NR 1976	
	<u>hierzu:</u> Antrag der LINKE. vom 05.10.2010, NR 2033	
11.	Keine Tabakwerbung im Stadtgebiet.....	103
	Antrag der FAG vom 10.08.2010, NR 1945	
	Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG:.....	103
12.	Nein zur Gefährdung der Bevölkerung durch Atomkraftwerke - keine Beteiligung am Milliardendeal zur Verlängerung der Laufzeiten.....	104
	Antrag der LINKE. vom 23.09.2010, NR 2011	
	<u>hierzu:</u> Antrag der ÖkoLinX-ARL vom 09.11.2010, NR 2070	
	<u>hierzu:</u> Antrag der ÖkoLinX-ARL vom 09.11.2010, NR 2071	
	Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:.....	104
	Stadtverordnete Carmen Thiele, LINKE.:	106
13.	Europatunnel wie ursprünglich geplant vierspurig ausbauen!.....	108
	Antrag des Stadtverordneten Wolff Holtz - fraktionslos - vom 29.03.2010, NR 1799	
	Stadtverordneter Wolff Holtz, fraktionslos:.....	108

wer abhängig ist, der bleibt es relativ lange, und die Tabakindustrie verdient entsprechend Geld damit. Die Tabakindustrie ist also auf Neukunden angewiesen und benötigt dafür öffentliche Werbeflächen. Der Magistrat stellt diese Werbeflächen zur Verfügung, und zwar groß und an exponierter Stelle, und unterstützt damit die Tabakindustrie bei ihrem Bemühen, Jugendliche als Raucher zu gewinnen beziehungsweise Jugendliche Nichtraucher zu Rauchern zu machen. Das macht ein Magistrat, der an anderer Stelle vorgibt, Suchtverhalten zu bekämpfen. Ich zitiere aus der Internetpräsenz der Stadt Frankfurt aus dem Kapitel „Suchtprävention: legale Suchtmittel“: „Das Rauchen von Zigaretten stellt die wichtigste Einstiegsdroge für die Entwicklung einer späteren Suchtkarriere dar. Ein allzu sorgloser Umgang mit den legalen Drogen ebnet auch einer Abhängigkeit von illegalen Drogen den Weg, und immer mehr Kinder und Jugendliche beginnen immer früher mit dem Konsum von scheinbar harmlosen Zigaretten.“ Das wird durch die Werbung unterstützt, und das wird durch diesen Magistrat unterstützt.

(Zurufe)

Ja, die fünf Minuten sind gleich um.

Ein Appell an die Koalition: Stimmen Sie unserem Antrag zu, oder wenn Sie es nicht können, formulieren Sie wenigstens einen eigenen Antrag. Ich helfe Ihnen auch dabei, dass er so aussieht, als wäre er nicht von uns formuliert.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Vielen Dank, Herr Dr. Rahn! Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor. Ich schließe daher die Aussprache und lasse nun über den Ausschussbericht abstimmen. Wer dem Ausschussbericht unter Berücksichtigung des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion in den Ausschüssen beziehungs-

weise den schriftlich vorliegenden Voten der fraktionslosen Stadtverordneten zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht) Vielen Dank! Wer stimmt dagegen? (Geschieht) Wer enthält sich der Stimme? (Geschieht) Ich stelle fest, dass der Ausschussbericht angenommen ist. Ich schließe den Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 12.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Meine Damen und Herren, ich rufe den Tagesordnungspunkt 12., Laufzeitverlängerung Atomkraftwerke, auf. Zu diesem Thema behandeln wir die Vorlagen NR 2011 der LINKE.-Fraktion sowie NR 2070 und NR 2071 von ÖkoLinX-ARL. ÖkoLinX-ARL hat als erste den Antrag zur Tagesordnung I gestellt. Ich mache auch hier darauf aufmerksam, dass ich nachher wieder über den Ausschussbericht abstimmen lasse. Die erste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran. Bitte schön!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Trotz der späten Stunde einen guten Abend!

Ich habe mich gemeinsam mit 50.000 Menschen fünf Tage lang im Widerstand gegen den Castor-Transport bei Gorleben im Wendland befunden. In dieser Region, die sich seit 30 Jahren gegen Atomanlagen wehrt, ist ein besonderes Milieu entstanden. Quer durch alle Altersgruppen, sozialen Schichtungen und Milieus gibt es dort gelebte Solidarität, die sich über diesen Anlass hinaus auch im Alltag zeigt. Wenn ein Mensch aus dieser Region zurückkommt, in diesem Haus die von CDU, SPD und GRÜNEN gnädig gewährten zehn Minuten Redezeit nutzen möchte - vorher ist man schon halb eingeschlafen, weil man nicht reden darf - und dabei in die Gesichter der Anwesenden schaut, dann ist das ein Kulturschock, bei dem ein Mensch Frostbeulen bekommt.

(Zurufe)

Ich möchte das anhand eines Beispiels begründen. Ich denke nicht nur an den Kultur- und Freizeitausschuss, in dem sich der CDU-Stadtverordnete Vowinckel für den Empfang der Teilnehmer des 10. Deutschen Akademikertags aussprach, weil die Teilnehmer ja anständige Bürger mit Examen seien und der Vorsitzende gar ein hoher Richter in Hessen ist. Dieser hohe Richter - von wegen Anständigkeit - scheute sich in Darmstadt nicht, Diffamierungen aus der Zeit des NS-Faschismus auf Demonstranten anzuwenden. Er hat gesagt: „Ich habe keine Scheu, sie als lichtscheues Gesindel zu bezeichnen.“ Das äußert ein hessischer Richter mit Anstand und Examen, vergleichbar mit vielen Figuren beim Auswärtigen Amt und in der Justiz vor und nach 1945.

(Beifall)

Herr Vowinckel, so viel zum Anstand der sogenannten Elite und hohen Richter - das sind natürlich alles ehrenwerte Personen.

(Zurufe)

Dazu kann ich nichts sagen. Da müssen Sie mit den Leuten reden, die das gemacht haben. Das ist mit Sicherheit nicht Ihre und nicht meine Sache.

Nur das Dreckschleuderblatt Bild-Zeitung kann bei diesem Niveau mithalten. Es titelte: „Castor-Irrsinn, Bürgerkrieg, Chaoten.“ Realitätsverzerrung pur - Bild, der übereifrige Büttel der Atomkonzerne. Ich empfehle die Elbe-Jeetzel-Zeitung, das ist objektive Berichterstattung pur. Was war wirklich? Rechtswidrige und zum Teil hemmungslose Polizeigewalt war zu beobachten. Die Polizei und die Politik diskreditieren Anti-AKW- und Anti-Atom-Aktionen als Straftaten. Die Polizei verletzt Demonstranten gezielt mittels CN-beziehungsweise CS-Kampfgasgranaten. Nachträglich wird dies als präventive polizeiliche Maßnahme verharmlost und gerechtfertigt, wie zum Beispiel auf der Pressekonferenz des Polizeipräsidenten von Lüneburg und des niedersächsischen Innenministers am 09.11.2010. Immer wieder wurden Menschen durch den sehr schmerzhaften Einsatz von Pfefferspray in Augen und Gesichter verletzt. Beim Einsatz von Pfeffer-

spray sind in Deutschland bereits drei Menschen gestorben. Allein beim Einsatz von CS- beziehungsweise CN-Gas sowie Pfefferspray gab es 950 Augenverletzungen. Auch der Einsatz von Hunden und Pferden als polizeiliche Waffe ist ein Punkt von Illegalität und polizeilicher Gewalt. Dabei wurde im Wendland einer sehr jungen Demonstrantin von einem Polizeipferd die Schulter zertrümmert. Durch den Einsatz von Knüppeln und dem Tonfa, dem neuen Teleskopschläger, wurden einigen Menschen die Hände gebrochen - sehr verhältnismäßig. Insgesamt gab es - dies sind erste Zählungen - 16 Brüche, 29 Platzwunden am Kopf und drei Gehirnerschütterungen, dies ist zum Teil auch in der Frankfurter Rundschau und in der TAZ vom 09.11.2010 nachzulesen.

Vor allem im Schatten der Kameras und jenseits medialer Aufmerksamkeit wurde die gelegentlich demonstrativ friedliche Räumung von Demonstrantinnen und Demonstranten durch die Polizei schnell zur Medientäuschung. Die freundlichen Bilder kamen im Fernsehen, die anderen meist nicht. Es sind bereits viele Fälle von gezieltem Quälen und absichtlichem, manchmal geradezu sadistischem Zufügen von Schmerzen dokumentiert: Hochreißen an der Nase, Überdehnen von Gelenken, Würgen, Faustschläge auf den Kopf eines regungslos Daliegenden, Tritte in den Bauch und immer wieder Schläge auf Köpfe und Körper - so sieht es übrigens auch die Vereinigung Kritischer Polizisten. Das stundenlange Einkesseln von Demonstranten auf freiem Feld, noch dazu bei Frost, ist laut Bundesverfassungsgericht rechtswidrig. Daran ändert auch die Bezeichnung dieser Maßnahme als Ingewahrsamnahme nichts. Das ist organisierter Rechtsbruch, da eine richterliche Verfügung ausblieb. Wir erwarten von der Polizei, dass sie ausschließlich im rechtlichen Rahmen angemessen und vor allem zurückhaltend handelt.

(Beifall)

Die Vielfalt der Aktionen - Sitzblockaden auf Straßen und Schienen, Schottern, Mahnwachen, das Abseilen von Bäumen und Brücken, Treckerblockaden und Demonstrationen, das Einbetonieren in Straßen und Schienen, wie zum Beispiel der Greenpeace-Wagen - und die gegenseitige

Toleranz waren mitreißend und wirkungsvoll. Der längste Castor-Transport in der Geschichte brauchte 92 Stunden und 24 Minuten. Noch besser wäre gewesen, ihn aufzuhalten, das versuchen wir das nächste Mal.

In unserem Antrag fordern wir das Selbstverständliche, nämlich die Nutzung der Destruktivkraft Atomenergie sofort zu beenden. Die Laufzeitverlängerung dient nicht nur der Vermehrung von Geld und ist nicht nur eine sprudelnde Quelle der Extraprofite für die vier großen Energie- und Atomkonzerne, sondern auch eine Brücke mit dem heimlichen Ziel der Atom-Fusion und einer vollends atomaren Zukunft. Wir fordern: Schluss mit der lebensgefährlichen, klimaschädlichen, kriegs- und terrortreibenden, demokratiefeindlichen Atomenergie, sofortiger hundertprozentiger Umbau der Energieversorgung auf Basis regenerativer Energien wie Sonne, Wind und Wasser, ohne die Sackgasse von Biomasseanbau auf Feldern, die weltweit hungernden Menschen die Nahrung raubt. Ich kann nur sagen: Auf Wiedersehen in Biblis, Ahaus, Lubmin, Greifswald und Gorleben im Wendland - solange, bis alle Atomanlagen stillgelegt sind und die Brücke zur Atom-Fusion gesprengt ist.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Vielen Dank! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneter Thiele von der LINKE. Bitte!

Stadtverordnete Carmen Thiele, LINKE.:

Werte Frau Vorsteherin,
werte Stadtverordnete!

Wir als LINKE. finden es sehr erstaunlich, dass eine schwarze, aber vor allem auch grüne Stadtregierung nichts Eiligeres zu tun hatte, als durch Herrn Becker anzumelden, dass man doch auch ein Stück vom großen

Kuchen haben will, der sich jetzt aufgrund der Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke ergeben wird. Herr Becker ist ja nicht irgendwer, sondern Kämmerer einer Stadt mit grüner Bürgermeisterin und grüner Umweltschuldezernentin, die eigentlich per se gegen jegliche Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraft sein müssten. Deshalb hatten wir auch erwartet, dass diese Stadt massiv gegen jede Verlängerung protestieren und nicht einen Anteil an den schmutzigen Atomdealeinnahmen fordern würde. Denn immerhin liegt Frankfurt nicht irgendwo, sondern ziemlich nah an einem Schrottmeiler namens Biblis.

(Beifall)

Wenn es so weitergeht, wird uns Biblis nicht nur ein paar Jahre, sondern ein paar Jahrzehnte länger mit allen Risiken und Gefahren, die davon ausgehen, erhalten bleiben. Alle wissen, dass Biblis einer der ältesten Reaktoren mit weit über 80 gravierenden Sicherheitsmängeln ist - das wurde erst kürzlich vom Ökoinstitut im Auftrag der Bundesregierung festgestellt. Selbst das Notfallsystem ist nicht sicher - und das bei einem Schrottmeiler, der bis jetzt schon weit über 800 Störfälle hatte. Aus bloßem Eigeninteresse hätten wir erwartet, dass die GRÜNEN in der Regierung Kämmerer Becker aufs Schärfste rügen. Aber wir haben nichts darüber gehört, Sie haben geschwiegen.

(Zurufe)

Okay, dann nehme ich das zurück. Ich werde es aber erst einmal nachschauen.

Ganz abgesehen davon, dass sich die erhofften Atom-Milliarden anscheinend inzwischen schon selbst atomisieren. Sie verflüchtigen sich, weil unsere Atomwirtschaft offenbar noch etwas cleverer als unsere Regierung ist. Auch die Biblis-Betreiber gehören zu dieser Gruppe. Sie haben uns gezeigt, wie es geht, den kurz zuvor ausgehandelten Atomkompromiss wieder in eine Luftnummer zu verwandeln. Man tauscht vor Beginn dieser Brennelementesteuer noch schnell die gebrauchten Brennstäbe aus, setzt neue ein und spart so 280 Millionen Euro. Der Clou dabei war nicht nur das schnelle Handeln, das offensichtlich auch